



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Michael Kern

Datum 02.09.2025

Telefon (0841) 3 40 02

Telefax (0841) 9 31 23 57

E-Mail fraktion.spd@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	08.10.2025

Personalsituation Gesundheitsversorgung
- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.09.2025 -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

1964 ist der geburtenstärkste Jahrgang in Deutschland. Demnach werden in den nächsten Jahren auch viele Ingolstädterinnen und Ingolstädter in Rente gehen, die im medizinischen Bereich tätig sind. Da bereits jetzt etliche Stellen unbesetzt sind, stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Ingolstädter Klinikum und den ansässigen Rettungsdiensten im öffentlichen Teil einer 2025 stattfindenden Stadtratssitzung dar, wie viele Beschäftigte im medizinischen Bereich (Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte, Medizinische Fachangestellte, Rettungssanitäter, Mitarbeiter im Gesundheitsamt und weitere zukunftssichere Berufe im medizinischen Bereich) in den nächsten Jahren voraussichtlich in Ruhestand gehen.
2. Es wird dargestellt, wie viele Stellen – aufgeteilt in öffentlichen Dienst, Allgemeinarztpraxen und Facharztpraxen – schätzungsweise unbesetzt bleiben und welche Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Ingolstädter Bevölkerung im Kontext der prognostizierten Einwohnerentwicklung zu erwarten sind. Gleichzeitig wird dargestellt, wie viele Assistenzarzt- und Weiterbildungsstellen besetzt, bzw. unbesetzt sind.
3. Das Ingolstädter Klinikum stellt dar, wie viele Patientinnen und Patienten im Fall, dass sich der Personalbedarf im medizinischen Bereich extrem zuspitzt, zusätzlich vom Klinikum versorgt werden müssen. Hierfür sind Mehraufwand und Mehrkosten aufzuzeigen.
4. Die Stadtverwaltung entwickelt zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Ingolstädter Klinikum und dem bayerischen Gesundheitsministerium (Förder-)Maßnahmen, um den Personalmangel im öffentlichen Dienst sowie in niedergelassenen Arztpraxen möglichst gering zu halten.

5. Der Ingolstädter Stadtrat beauftragt die in die Aufsichtsratsgremien des Ingolstädter Klinikums entsandten Stadtratsmitglieder, dringlich zu beschließen, dass das Klinikum als Sofortmaßnahme über den eigenen Bedarf hinaus Medizinische Fachangestellte ausbildet, sodass der Bedarf der Gesundheitslandschaft gedeckt wird. Der Ingolstädter Oberbürgermeister wird gebeten, für dieses Vorgehen auch die Krankenhausträger innerhalb der Region 10 zu motivieren.

Begründung

Bereits jetzt beklagen viele Patientinnen und Patienten, dass es vermehrt zu langen Wartezeiten kommt und manche Arztpraxen keine Patienten mehr aufnehmen. Gleichzeitig wird es für niedergelassene Ärzte immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden – ob für die Nachfolge oder Nachbesetzungen. Je mehr sich die Situation in Praxen zuspitzt, desto größer wird der Druck auf Krankenhäuser wie das Ingolstädter Klinikum, das ebenfalls vor der Herausforderung steht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und zu binden. Insbesondere Unikliniken sind attraktiv für den medizinischen Nachwuchs, weshalb die Region Ingolstadt in besonderer Weise gefordert ist.

Daher ist es notwendig, dass die Ingolstädter Gesundheitsversorgung im Zuge der demographischen Entwicklung ganzheitlich betrachtet wird, was diese kommunalpolitische Initiative einfordert. Hierzu können Maßnahmen auf kommunaler Ebene zählen, aber auch Maßnahmen angeregt werden, die im Zuständigkeitsbereich des Freistaats liegen.

Die Sofortmaßnahme "Ausbildungsoffensive Medizinische Fachangestellte" soll bezwecken, dass die Krankenhäuser (der Region) keinesfalls aus Personalmangel ausgebildete Fachkräfte von den niedergelassenen Allgemein- und Facharztpraxen abwerben. Inzwischen gibt es Praxen, die aus Personalmangel weniger Sprechstundentermine anbieten müssen, was die Wartezeiten auf Termine verlängert oder zur Folge hat, dass keine Patienten mehr aufgenommen werden. Dies führt wiederum zur Belastung der Krankenhaus-Notaufnahmen. Außerdem können diese Praxen aus den oben genannten Gründen vielfach auch keine Fachkräfte mehr ausbilden, sodass sich der Fachkräftemangel weiter zuspitzt.

gez.

Christian De Lapuente
Fraktionsvorsitzender

gez.

Dr. Anton Böhm
Stadtrat

gez.

Quirin Witty
Stadtrat